



PRO ASYL Presseerklärung | Press Release

22. August 1988

„Zuflucht gewähren“ Aufruf zum Tag des Flüchtlings am 1. Oktober 1988

Frankfurt. – „Zuflucht gewähren“ lautet das Motto des diesjährigen Tages des Flüchtlings, der am 1. Oktober innerhalb der Woche der ausländischen Mitbürger stattfindet. Die Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge „Pro Asyl“ und der Ökumenische Vorbereitungsausschuss zur Woche der ausländischen Mitbürger rufen in Abstimmung mit dem Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars in Bonn zu diesem Tag auf. Am Tag des Flüchtlings beteiligen sich Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Menschenrechtsorganisationen und Flüchtlingsinitiativen.

In einem Grußwort bringt der bisherige Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars, René van Rooyen, die Hoffnung zum Ausdruck, „daß der Flüchtlingstag 1988 dazu beitragen kann, in der nationalen Asyldiskussion die internationalen Dimensionen des Problems herauszustellen.“ Für ihn „droht der internationale humanitäre Konsens der Nachkriegsjahre, der zur Genfer Flüchtlingskonvention geführt hat, in Vergessenheit zu geraten.“ Diese Konvention habe in der Bundesrepublik ihre Bedeutung für das Anerkennungsverfahren bei Flüchtlingen verloren. „Im Interesse der internationalen Harmonisierung des Asylrechts“ sollte ihr „der ursprüngliche Rang wieder eingeräumt werden“.

Der Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Prof. Sengling fordert in seinem Grußwort die politisch Verantwortlichen auf, „alles zu tun, um zu verhindern, daß Flüchtlinge in Kriegs- und Krisengebiete sowie in Länder abgeschoben



werden, in denen sie Folterungen zu befürchten haben“. Ihnen sollte außerdem „statt eines unsicheren, geduldeten Aufenthalts Rechtssicherheit gewährt werden“. Sengling ruft die Menschen in der Bundesrepublik auf, „Flüchtlinge und ihre Fluchtgründe ernst zu nehmen“. „Flüchtlinge brauchen unsere Solidarität und Unterstützung“, heißt es in dem Grußwort, das Sengling für die Arbeiterwohlfahrt, das Diakonische Werk, den Deutschen Caritasverband, den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, das Deutsche Rote Kreuz und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland an die Öffentlichkeit gerichtet hat.

Ähnlich appellieren auch die für die Ausländerwoche verantwortlichen [Vertreter der Kirchen](#). Sie kritisieren, daß immer weniger Flüchtlinge einen sicheren Aufenthaltsstatus als Asylberechtigte erhielten, wobei „Krieg, Bürgerkrieg und selbst Folter keine Gründe“ seien, „um das Recht auf Asyl zuerkannt zu erhalten“. Sie gehen von einer wachsenden Zahl von Flüchtlingen aus, „die ohne Zukunftsperspektiven am Rande der sozialen und psychischen Verelendung in der Bundesrepublik leben“.

Die eindringliche Bitte an den Gesetzgeber ist, diesen bisher nur „geduldeten“ Flüchtlingen „ein gesichertes Aufenthaltsrecht zu gewähren und ein von fremder Hilfe freies und selbst gestaltetes Leben zu ermöglichen“. Die Kirchengemeinden werden gebeten, „sich verstärkt diesen Flüchtlingen zuzuwenden und ihnen Zuflucht zu gewähren“.
